Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 38 (1944)
Heft: (4): April-Sendung

Rubrik: Schweizerisches

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Schweizerisches

3. April 1944.

Wenn wir daran gehen, einige wesentliche Züge des schweizerischen Geschehens in der Berichtszeit hervorzuheben und zu beleuchten, so knüpfen wir wohl am besten dort an, wo wir das letztemal stehen geblieben sind.

Einige der im Vordergrund stehenden Probleme sind inzwischen vor der im Monat März tagenden *Bundesversammlung* verhandelt worden. Ich sage „vor" und nicht *von* der Bundesversammlung; denn in bezug auf einige der wichtigsten Themen ist die Versammlung ja gar nicht zu Worte gekommen, sondern hat bloß der Bundesrat dem Rate seine Meinung vorgetragen und hat damit vorläufig die Ersetzung der Demokratie durch seine Autokratie bestätigen können. Wie lange noch?

Da ist zunächst das Thema der Beziehungen zu *Rußland*. Die Petition für die Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen zu Rußland hat sich im Laufe von zwei Wochen mit hunderttausend Unterschriften bedeckt, die sich bei einer Fortsetzung der Sammlung gewiß noch durch einige weitere Hunderttausend vermehrt hätten. Sie ist also der Ausdruck einer sehr entschiedenen Volksstimmung und eines sehr klaren Volksurteils. Schon daraus erhellt, mit welchem Rechte hartnäckig sowohl bürgerliche als sozialistische Rußlandfeindschaft oder hochmütige Kaltschnauzigkeit von einem „Rußlandrummel" reden. Diese Kreise vergessen wohl, was aber die Volksmassen nicht vergessen, daß wir ohne Rußlands Kampf und furchtbare Opfer mit all unserer schweizerischen Herrlichkeit und all unserem satten Hochmut Untertanen Hitlers wären, wie wir es auch wären ohne Englands und vielleicht auch ohne Amerikas Kampf und Opfer. Diese Kreise sind weit davon entfernt gewesen, die bis zum Rausch gesteigerte Finnlandbegeisterung von einst einen „Rummel" zu nennen, trotzdem sie zum Teil auf falscher oder doch sehr einseitiger Information beruhte. Umgekehrt beruhte der Rußlandhaß, der so lange die Mehrheit unseres Volkes beherrschte und es die gegen Rußland gerichtete Politik Mottas mehr oder weniger billigend hinnehmen ließ, ebenfalls auf falscher oder doch sehr einseitiger Information. Wer leugnet, daß uns „in fast allen Punkten" ein falsches Bild von Rußland beigebracht worden sei — soweit man es sich beibringen ließ —der tut es entweder in Unehrlichkeit oder in Unwissenheit. Jenes Bild war tatsächlich in „fast allen Punkten" falsch: in bezug auf die russische Wirtschaftsleistung, den Aufbau der Sowjet-Union, ihre Außenpolitik, ihre Stellung zur Religion und das Verhältnis der Masse ihrer Bevölkerung zum Sowjet-Regime.

An der Schaffung dieses falschen oder doch sehr einseitigen Bildes

hatte die offizielle Sozialdemokratie beinahe ebenſoviel Anteil wie die bürgerliche Preſſe. Der Haß gegen die kommuniſtiſche Konkurrenz und die Angſt vor ihr hatten den Hauptanteil an der Motivation dieſer Haltung. Wenn ſich nun dieſe Haltung geändert und die Sozialdemokratie ſeit einiger Zeit die Wiederaufnahme der diplomatiſchen Beziehungen zu Moskau gefordert hat, ſo gibt ihr das kein Recht, ebenfalls hochmütig von der Volkspetition als einem „Rummel" zu reden und ſich auf ihre eigene Priorität zu berufen. Sie hat jahrelang, ſogar jahrzehntelang keine ernſthafte und energiſche Oppoſition gegen die Mottapolitik im allgemeinen und die antiruſſiſche im ſpeziellen gemacht. Der Schreibende weiß wenigſtens nichts davon, trotzdem er in dieſer Beziehung ſehr aufmerkſam geweſen iſt, wohl aber kennt er eklatante und ſchmerzliche Beiſpiele des Gegenteils.[1]) Die Aenderung ihrer Haltung iſt, ſoweit die „Führung" in Betracht kommt, doch auch nur eine Konzeſſion an die Volksſtimmung im allgemeinen und an die Arbeiterſchaft im ſpeziellen. Und es iſt doch noch die Frage, ob der Bundesrat auf eine bloße Motion dieſer regierungsfromm gewordenen ſozialdemokratiſchen „Führung" hin ſoviel Entgegenkommen gezeigt hätte, wie er nun unter dem Druck der Volksbewegung getan hat. Daß der Schreibende dieſe und die ihr Ausdruck verleihende Petition lieber früher geſehen hätte, bleibt dabei beſtehen, wie er auch nicht zu verſichern braucht, daß er nicht, wie die Kreiſe, die jetzt von „Rummel" reden, anno 1940 getan haben, ſein Verhalten nach dem Erfolg richtet.

Wenn nun dieſes Thema der Beziehungen zu Rußland vor die Bundesverſammlung gekommen iſt, ſo war von vornherein dafür geſorgt, daß der ſozialdemokratiſche Sprecher, den nun ſeine eigene Offizialität zahm und würdevoll gemacht hat, dem Bundesrat nicht allzu wehe tue. Vorſitzender der Fraktion iſt ja auch der Mann, der dann im Namen derſelben die Verſicherung abgegeben hat, die „Sozialdemokratie wolle ſich nicht in die auswärtige Politik des Bundesrates miſchen". Dieſe Haltung Robert Grimms iſt freilich nicht zum Verwundern. Die Aelteren unter uns, die ein wenig zurückdenken, wiſſen, was für Erfahrungen er gemacht hat, als er in Verbindung mit einem Bundesrat, der ſich zu einem Träger der deutſchen Politik hergegeben hatte, nach Rußland ging, um ebenfalls dieſer zu dienen und wie ſein Verhalten durch die bolſchewiſtiſchen Wortführer vor der ganzen Welt gekennzeichnet worden iſt.[2]) Es iſt begreiflich, daß nach dieſer Erfahrung Grimm nicht gerade ein Freund Sowjetrußlands iſt.

So war es denn dem Herrn Pilet-Golaz leicht gemacht, ſein Plädoyer für dieſes Stück auswärtiger Politik des Bundesrates zu halten.

---

[1]) Der Umſtand, daß der ſozialdemokratiſche Sprecher für die Rußland-Motion, Reinhardt, der langjährige Parteipräſident, es ſogar zu einem Kompliment für Motta brachte, iſt auch eine Illuſtration dieſer Sachlage.

[2]) Man kann das unter anderem in den Erinnerungen der *Angelica Balabanoff*, einer abſolut zuverläſſigen, nichtbolſchewiſtiſchen Zeugin, nachleſen.

Es war bei allem notwendigen Entgegenkommen in bezug auf das Postulat (in ein solches wurde die „Motion" schonend umgewandelt) eine Beschönigung und damit Verteidigung dieser Politik, die auf eine völlige Entstellung der Wahrheit hinauslief, wenn die Behauptung gewagt wurde, ihre Stellung zu Rußland sei nicht durch „ideologische" Motive bestimmt gewesen. Jedes Kind weiß, daß das Gegenteil der Fall war: daß Motta neben der bürgerlichen Parteinahme durch konfessionelle Motive geleitet war. Und ich muß hinzufügen, daß dies ihn und seine Politik sogar in ein günstigeres Licht stellt, als wenn es nicht der Fall gewesen wäre; denn sonst wäre sein Verhalten eine gewöhnliche Torheit, eine anmaßende Torheit, gewesen, während das „ideologische" Motiv ihr ein gewisses, wenn auch sehr begrenztes Recht und einen gewissen Glanz der Gesinnungsfestigkeit verliehen hat.

*

Das zweite Thema war die *auswärtige Politik* in bezug auf ein anderes wichtiges Problem. Hier war nun zu begrüßen, daß dieses Thema überhaupt vor die Bundesversammlung gebracht wurde. (Es geschah durch die Nationalräte Picot und Möschlin.) Diese Motionäre verlangten, in keineswegs verletzender Form — das versteht sich ja in diesem devoten Milieu von selbst —, daß der Bundesrat sich ernsthaft mit jenen *Nachkriegsproblemen* beschäftige, die, wie wir wissen, anderwärts so sehr die Gemüter bewegen. Leider wurden dabei die *wirtschaftlichen* Fragen etwas zu stark in den Vordergrund gestellt und jene energische Kritik versäumt, die der Bundesrat gerade auch in dieser Beziehung verdient und nötig gehabt hätte. Die Antwort des „Leiters" unserer Außenpolitik war denn auch, wie später seine ergänzende Erklärung dazu, so nichtssagend als möglich.

Hier ist vor allem eine grundsätzliche Bemerkung zu machen. Diese Verhandlung wurde namentlich auch dadurch entwertet, daß die *Diskussion* über dieses Thema ebenfalls unterdrückt wurde. Das geschah nicht nur aus Angst vor allfälligen nicht genügend „neutralen" Aeußerungen, sondern auch, weil der Bundesrat das Privilegium für die Außenpolitik aufrechterhalten will. Dieses Privilegium stammt aus Zeiten, in denen es sozusagen keine schweizerische Außenpolitik mehr gab. Wenn es aber jetzt beibehalten wird, wo sich gerade auf dem Felde der Außenpolitik die Frage von Sein oder Nichtsein der Schweiz entscheidet, so ist das vom demokratischen Standpunkt aus eine Ungeheuerlichkeit. Denn in jedem Land, wo noch ein Rest von Selbständigkeit und Demokratie vorhanden ist, läßt es sich das Parlament nicht nehmen, gerade zur Außenpolitik ein entscheidendes Wort zu sagen und hätte keine Regierung den Mut, jenes Privileg in Anspruch zu nehmen, auch wenn sie dafür sehr viel mehr Kompetenz besäße als gegenwärtig die unsrige. Gerade auf diesem Felde muß darum ganz

besonders der Kampf um die schweizerische Demokratie geführt werden. Und zwar nicht bloß zum Schein, wie von einer regierungsdevoten Sozialdemokratie, deren Sprecher, besonders Reinhardt, in der „Neuen Zürcher Zeitung" ein wohlverdientes, aber bezeichnendes Lob erhalten (ist er etwa auch Anwärter auf einen Bundesratssessel?), sondern in bitterem Ernst, von unabhängigen Männern und Frauen! Es ist periculum in mora![1])

*

Das Gleiche gilt natürlich von dem dritten Thema, dem der *Zensur*. Hier vertrat der sozialdemokratische Schaffhauser Nationalrat Bringolf auf eine ihm wohl von der Fraktion empfohlene, wenn nicht befohlene, ebenfalls sehr zahme Weise die Erleichterung, wenn nicht gar Aufhebung des geistigen Sklavenjoches, welches die Zensur bedeutet. Leider scheint er es unterlassen zu haben, darauf hinzuweisen, auf der einen Seite, wie England sich die Freiheit des Wortes mitten in seinem Kriege wahrt, zu seinem großen Nutzen, auf der andern Seite wie die Zensur in Finnland zeigt, wohin sie ein Volk bringen kann. So hatte es denn wieder der Oberherr der schweizerischen Zensur, Bundesrat von Steiger, leicht, nun *sein* Plädoyer zu halten, das den wirklichen Sachverhalt nicht weniger, und dazu auf eine noch geschicktere Weise, zudeckte, als Herr Pilet-Golaz vor ihm. Sein Hauptargument für die Beibehaltung des Geßlerhutes war, daß es gelte, „wachsam zu sein". Gegen *wen?* Die Landesverräter (die, welche man so nennt, also im allgemeinen die kleinen) werden ja doch nicht von der Zensur erfaßt. Und wenn Herr von Steiger mit besonderem Nachdruck von der „Zähmung der *Widerspenstigen*" redet, so ist die Frage zu stellen, ob er damit die paar wenigen Aufrechten meint, deren Gewissen noch eine höhere Instanz kennt als die ein ganzes Buch bildenden „Weisungen" der Militärzensur. Es wird ein Tag kommen, wo diese paar „Widerspenstigen" mehr gelten werden als die wohlgezähmten Untertanen Geßlers und ihre „Zähmung" nicht mehr den Beifall einer servilen Mehrheit der eidgenössischen Räte findet.

Fast überraschen konnte die Versicherung, daß nach Schluß des Krieges „selbstverständlich" die Zensur aufhören werde. Es wird erlaubt sein, dazu ein Fragezeichen zu setzen, wie zu der versprochenen „Lockerung" der Zensurvorschriften. Man hat mit solchen Versprechungen schon allerlei erlebt.

Daß über dieses fundamentale Thema wieder keine *Diskussion* stattfinden durfte, ja daß sie nicht einmal energisch genug verlangt wurde, kennzeichnet wieder den Stand unserer Demokratie. Denn die Grundlage auch aller Demokratie und Freiheit ist die Wahrheit.[2])

*

[1]) Gefahr in Verzug.

[2]) Daß im allgemeinen sich in bezug auf die Zensur die Stimmung doch geändert hat, zeigt u. a. der Umstand, daß sogar die „Neue Zürcher Zeitung" durch den Mund ihres wahrhaftig nicht revolutionären Bundesstadtkorrespondenten ihre Abschaffung (etwa die rein militärischen Geheimnisse ausgenommen) verlangt.

Es ist aber auch charakteristisch, daß über die *wirtschaftlichen* Probleme, vor allem die *Altersversicherung* und die *Wirtschaftsartikel,* sehr ausführlich debattiert wurde. Nicht etwa, daß dies nicht am Platze wäre. Aber hier spielen die *materiellen* Interessen eine große Rolle und ist daher das Verlangen nach der Aussprache energischer, während die politischen Probleme, als mehr „ideeller" Natur, die Mehrheit dieser Volksvertreter (die es gottlob gar nicht sind) kalt lassen.

Daß nun die *Altersversicherung* keine offenen Gegner mehr hat, ist sicher in erster Linie eine Wirkung des Beveridgeplanes, den man eben doch nicht einfach beiseiteschieben kann. Was aber die *Wirtschaftsartikel* betrifft, so fühlt sich der Schreibende nicht kompetent, über dieses Thema, soweit es taktischer Natur ist, zu urteilen. Nur Eins darf er vielleicht bemerken: Es ist wohl gegenwärtig so wenig die Stunde, unsere Wirtschaftsverfassung endgültig festzulegen, als eine totale Verfassungsrevision schon reif wäre. Was aber speziell die *landwirtschaftliche* Frage betrifft, so ist vielleicht eine doppelte Feststellung am Platze. Einmal: Es ist sicher der Wille der großen Mehrheit des Volkes, daß unserem Bauerntum soviel *Sicherheit der Existenz* verschafft werde, als überhaupt möglich ist. Sie gehört zu jenem ganzen, so bedeutsamen Programm der sozialen Umgestaltung, das sich in dieser Losung von der Sicherheit konzentriert. Sodann aber gehört dazu, daß die Bauernpolitik jene Taktik des Egoismus und der Demagogie aufgebe, durch welche sie solange beherrscht und die Seele des Bauerntums gefährdet worden ist, und sich an tieferen Gedanken und edleren Zielen orientiere.

*

Der ideell betrachtet wichtigste Verhandlungsgegenstand der diesmaligen Session der Bundesversammlung war aber doch wohl das *Todesurteil* über den Major des Generalstabes, der zu einem Landesverräter ersten Ranges geworden zu sein scheint. Wobei die Tatsache, daß immer neue Listen von solchen und entsprechende Verurteilungen auftauchen, mit in Betracht zu ziehen ist.

Es soll hier nicht mehr grundsätzlich auf diese schwere Sache eingegangen werden.[1]) Auch war klar, daß diesmal nach allen vorausgegangenen Ablehnungen der Begnadigung eine solche erst recht nicht erwartet werden konnte. Aber Eins muß doch festgestellt werden: Die Art wie unser Volk diese Todesurteile hingenommen, ja gefordert hat, darin dann noch durch die Kirchen bestätigt, lastet als dunkle Wolke über unserem Lande. Vor allem aber: Die Frage, *wie es zu die-*

[1]) Die von der Religiös-Sozialen Vereinigung herausgegebenen Flugschriften gegen die Todesstrafe für die Spione und Verräter: *„Hinrichtung oder Gnade?"* und *„Was haben wir getan?"* sind in der „Pazifistischen Bücherstube" in Zürich (Gartenhofstraße 7) noch zu haben.

ſer Maſſe von Verrätern der Schweiz (die natürlich bei weitem nicht alle entdeckt oder vor Gericht geſtellt worden ſind) *kommen konnte*, müßte das ſchweizeriſche Gewiſſen aufs tiefſte beſchäftigen. Statt deſſen hieß es: „Die müſſen erſchoſſen werden!" — und damit war die Sache abgetan. Und unſere Kirchen haben, redend oder ſchweigend, zu dieſem Schlaf des Gewiſſens ihre theologiſche Sanktion gegeben.[1])

*

Vielleicht ſchließen wir am beſten hier die Verhandlung über die Motion von *Oberſt Bircher* an, für den wieder ſchwerer gewordenen Kampf gegen die *Tuberkuloſe* eine allgemeine und obligatoriſche *Durchleuchtung* unſeres ganzen Volkes vorzunehmen. Hier drängt ſich eine Ueberlegung auf, welche die ganze Paradoxie und Intereſſantheit der Tatſache beleuchtet, daß gerade ein Oberſt Bircher alſo ein Verteidiger und Verherrlicher des Krieges, dieſe Maßregel vorſchlägt. Denn es iſt doch unleugbar ſo, daß die Zunahme der Tuberkuloſe mit dem *Kriege* zuſammenhängt. Darum wäre in *dieſem* Zuſammenhang zu allererſt eine Durchleuchtung nötig, alſo eine *ſeeliſche* Durchleuchtung durch die Strahlen der Wahrheit, nicht bloß eine körperliche Durchleuchtung durch die Röntgenſtrahlen.

Nur nebenbei ſei bemerkt, daß ſich gegen den Bircherſchen Vorſchlag ſehr wohl ein Widerſtand jenes berechtigten Individiualismus geltend machen darf, der dem Staat vor gewiſſen Schranken Halt gebieten will, auch wo ſein Eingreifen einen Vorteil verſpricht. Dieſes Motiv war es jedenfalls, das die Bundesverſammlung veranlaßte, den Vorſchlag des verdienten Doktor *Wahlen*, daß ein *obligatoriſcher Arbeitsdienſt* beſonders für die Unterſtützung der Landwirtſchaft eingerichtet werde, ziemlich einſtimmig abzulehnen. Der Kampf gegen die Gleichſchaltung in Form der Verſtaatlichung des Lebens gehört zu den elementaren Aufgaben der Demokratie; die beiden Vorſchläge aber erinnern zu ſtark an Nazimethoden..

Um aber zu dem Zuſammenhang zwiſchen Krieg und Tuberkuloſe

---

[1]) Die ſozialdemokratiſche „Berner Tagwacht" leiſtet ſich in dem Bericht über dieſe Verhandlung den Satz: „Der ſchlimmſte Landesverräter, der das Leben von Tauſenden von Soldaten gefährdete [immerhin bloß *gefährdete* — man darf Möglichkeit und Wirklichkeit doch nicht einfach gleichſetzen] findet immer noch 15 Gnaden-Onkel. Wer das ſein mag?"

Dazu möchte ich Zweierlei bemerken. Zum Erſten: Auch wir Andern möchten wiſſen, wer das ſein mag. Aber nicht in der Meinung, daß dieſe 15 etwas wie eine Schande, ſondern daß ſie eine *Ehre* für unſer Volk ſeien. Denn es ſind Männer mit Herz und Gewiſſen, die es wagen, gegen den Wind zu ſtehen. Selbſtverſtändlich ſind ſie nicht gegen eine ſchwere Strafe für den Verräter, ſondern bloß gegen die *Todesſtrafe* geweſen, weil ſie grundſätzlich gegen dieſe ſind, was man ſonſt auch bei Sozialiſten als ſelbſtverſtändlich vorausſetzte. Zum Zweiten: Mir graut davor, daß jemals ein Sozialismus herrſchen ſollte, der durch den ebenſo oberflächlichen als brutalen Geiſt dieſes Wortes gekennzeichnet wäre.

zurückzukommen, so ist sicher fundamental wichtig, daß die Seele unseres Volkes auf die Bazillen des Militarismus, auch eines noch so ideell (oder „ideologisch") verbrämten, durchleuchtet werde. Vielleicht kann dazu das, was nun in *Schaffhausen* erlebt worden ist, mithelfen. Es mag zeigen, daß vor dem Walten des totalen Krieges auch keine Armee und kein Reduit die Völker schützen kann, und es mag dem Kriege den letzten idealen Schimmer nehmen, den er besonders dort noch haben kann, wo man ihm bis jetzt bloß zugeschaut hat. Das ist vielleicht der Sinn, den dieses Ereignis hat, das heißt für uns *bekommen* soll. Dann aber werden Reden, wie sie neuerdings wieder *Bundesrat Kobelt* bei Anlaß einer großen Luftschutztagung gehalten hat, unmöglich, und zwar nicht nur politisch, sondern auch sittlich und religiös unmöglich.[1])

*

Wenn ich sage: „auch *religiös* unmöglich", so muß ich freilich an die letzte Sitzung unserer *Zürcher Kirchensynode* denken, die es fertigbrachte, im Angesichte der gewaltigen Probleme, vor die Gott, der wirkliche Gott, heute die ganze Welt und auch unser Volk stellt, sich zwei Tage lang über den „Probeband" (der wirklich zu einer Probe für unser offizielles Christentum geworden ist, aber in einem andern Sinne, als seine Urheber und eifrigsten Befürworter meinen) bis in alle Kleinigkeiten hinein herumzustreiten. Daß keiner aufgestanden ist, um der in der Mehrheit so bibeldevoten Versammlung

---

[1]) Wenn der sonst geistvolle Chefredaktor der „Tat" aus der Schaffhauser Erfahrung bloß die Folgerung zu ziehen weiß: „Die Hand fester um den Gewehrkolben legen!", damit eine gewisse kurzschlüssige schweizerische Mentalität repräsentierend, so darf man ihn schon fragen, wie er sich die Rolle des Gewehrkolbens gegen amerikanische oder andere Luftüberfälle denke. Ein unverbogenes und zensurfreies Denken müßte doch die umgekehrte Folgerung ziehen: daß keine Armee und kein Reduit ein Land vor der blitzartigen Zerstörung von der Luft her schützen kann, sondern bloß die Ueberwindung des Krieges durch eine übernationale Rechts- und Friedensordnung, die schaffen zu helfen also für uns die dringlichste der Existenzfragen ist.

Dazu möchte ich noch eine Bemerkung fügen, die vielleicht einiges Aergernis erregen wird die zu unterlassen aber Verleugnung der Wahrheitspflicht wäre. Die jungen amerikanischen Flieger haben selbstverständlich nicht gewußt, daß sie *Schaffhausen* unter sich hätten oder daß es ein Schaffhausen gebe. Darum haben sie auch nicht gewußt, daß es hart neben Schaffhausen eine Stätte gebe, von der aus besonders die deutsche Luftaufrüstung sehr wesentlich gefördert und damit das was nun gekommen ist — und zu einem minimen Teil auch über Schaffhausen gekommen ist! — stark mit verursacht worden ist. *Wir Schweizer aber wissen es.* Und wir wissen, daß jene Stätte in unserem Lande nicht *isoliert* ist. Daran sollte uns das, was an Schaffhausen geschehen ist, erinnern. Das wäre gerade für die *Kirchen* eine Aufgabe gewesen. Davon konnte das von der Kirchenpflege veranlaßte demonstrative *Glockenläuten* in Zürich während der Beerdigung der Schaffhauser Toten nur eine *Ablenkung* bilden. Es paßte aber zum heute herrschenden theologischen und kirchlichen Stil.

Amos 5, 21—24, vorzuleſen! So blieb es einem ſogenannten Laien, Herrn E. Müller aus Dorf, vorbehalten, der Verſammlung zu ſagen, es wäre wohl eher die Aufgabe der Synode, die Flüchtlingsfrage zu beſprechen als dieſe ewige Geſangsbuchfrage, und der „Tat", in einem Leitartikel Stück für Stück die Weltprobleme und Weltereigniſſe der Gegenwart mit den Traktanden der Synode zu kontraſtieren. Denn „wenn dieſe ſchweigen, ſo müſſen die Steine reden". Was muß aber aus einer ſolchen Kirche werden?

*

Aus dem ſchweizeriſchen Erleben der Berichtszeit tritt aber noch ein Thema in den Vordergrund: der Stand unſeres *Parteiweſens.* Und zwar anhand von *Wahlen.* Solche haben in Baſel und im Thurgau ſtattgefunden. Sie zeigten in beiden Fällen den ſogenannten Ruck nach links und zwar bezeichnenderweiſe ſtark auf Koſten des „Freiſinns". Aber es kam in *Baſel* zu einer Situation, die noch auf beſondere Weiſe bedeutſam wurde. Es wurde dort nämlich eine kommuniſtiſche Liſte, alſo eine „illegale", aufgeſtellt, und als dieſe durch die Regierung in Form von Streichung der wichtigſten Namen unwirkſam gemacht worden war, eine „Liſte der Arbeit", hinter der offenbar auch eine Oppoſition ſtand, die parteimäßig weder zur Sozialdemokratie noch zum Kommunismus gehört. Sie führte zur Wahl von 19 Vertretern, während die Sozialdemokratie 9 verlor.

Dieſe Vorgänge ſind deswegen bedeutſam, weil ſie die *Zerſetzung des bisherigen Parteiweſens* ſogar im konſervativſten aller Völker offenbaren. Es muß ſich auch hier ein Neues geſtalten, vielleicht, ohne Nachahmung, ein wenig im Sinne der engliſchen und kanadiſchen Commonwealth-Bewegung.

Jedenfalls gilt das auch von der Parteiform des *Sozialismus.* Es zeigt ſich, wie falſch die ſelbſtgerechte Haltung der Sozialdemokratie war, die auf dem Winterthurer Parteitag ſiegte, und zwar trotzdem es an Warnung nicht fehlte.[1]) Ob ſie nun vielleicht noch was lernen wird? Es wäre ein großer Irrtum, wenn die Partei aus gewiſſen Erfolgen (beſonders bei den Wahlen in den Nationalrat) ſchließen wollte, ſie ſei gefeſtigt und ſicher. Dieſe Erfolge ſind Früchte einer Konjunktur, die ſehr bald vorübergehen kann. Die *Spaltung,* die nun in Baſel und in Neuenburg auch formell durch die Gründung einer neuen ſozialiſtiſchen Partei vollzogen worden iſt, die in Genf und im Waadtland ſchon lange beſteht und anderswo ſich jeden Augenblick vollziehen kann, iſt als *Symptom* zu werten und nicht nach der augenblicklichen Stärke der Mitgliederzahlen und Bedeutung der Führer. Für jeden, der Augen hat, um zu ſehen, iſt klar, daß gerade der Sozialismus ſich neu orientieren und neu geſtalten muß, wenn er leben und ſiegen ſoll.

*

[1]) Ich erinnere zum Beiſpiel an die Flugſchrift der „Neuen Demokratie": *„Aufruf zur Beſinnung!"*

Diese stark kritischen Betrachtungen sind im Dienste der *Wahrheit* geschrieben, die allein helfen kann. Aber der Schreibende ist im Kern seines Wesens, mit seinem innersten Glauben und Wollen, kein bloßer Kritiker oder gar Nörgler, sondern ein Mann des Glaubens und der Hoffnung. Darum ist es ihm eine Freude, mit etwas Gutem und Verheißungsvollem schließen zu dürfen: ich meine den Sieg im Kampf um das *Rheinwald*, der schon das letzte Mal noch rasch gemeldet werden durfte.

Dieser Kampf und Sieg besitzt eine Bedeutung, die weit über seinen Rahmen hinausreicht. Der Ausgang ist ein Sieg der Seele über die Technik, der Voksfreiheit über die Gleichschaltung, ja, ich wage zu behaupten, auch Gottes gegen die Götzen. Um die sittliche Tat, die in der Ablehnung des Staudamms zum Ausdruck kommt, ganz zu würdigen, muß man besonders auch bedenken, daß dem finanziell sehr bedrängten Kanton Graubünden aus der Errichtung desselben gewaltige Mittel zugeflossen wären, auf die er durch die Ablehnung verzichtet hat. Das ist besonders in unseren Tagen keine Kleinigkeit. Der *Segen* dieser Tat wird dem Bündner Volke nicht fehlen.

Daß dieser Kampf so gekämpft wurde, wie er gekämpft worden ist (wobei unserem Freunde und einstigen Schüler Pfarrer Felix in Splügen ein Hauptverdienst zufällt) und daß ihm gegen so starke Mächte ein Sieg werden durfte, das ist uns nicht bloß eine Befreiung von banger Sorge, sondern auch ein Zeichen, daß die Verderbnis noch nicht bis in alle Tiefen der Seele unseres Volkes gedrungen ist, und eine Verheißung des Sieges auch für andere, ähnliche, aber vielleicht noch größere Kämpfe.

Leonhard Ragaz.

Der böse Fürst[1])

Es war einmal ein böser und übermütiger Fürst, dessen ganze Gedanken darauf ausgingen, alle Länder der Welt zu gewinnen und durch seinen Namen Schrecken einzujagen. Mit Feuer und Schwert durchzog er die Welt; seine Soldaten zertraten das Korn auf dem Felde und verbrannten das Haus des Bauern, so daß die rote Flamme die Blätter der Bäume verzehrte und die Früchte verkohlt an den geschwärzten Zweigen hingen. Manche arme Mutter versteckte sich mit ihrem nackten Säugling hinter den rauchenden Mauern. Aber die Soldaten kannten kein Erbarmen, durchsuchten alle Winkel und fanden sie mit ihrem Kinde, dann begann erst recht ihre teuflische Freude. Böse Geister konnten nicht schlimmer hausen. Allein der Fürst huldigte der Ansicht, daß es gar nicht anders gehen könnte. Tag für Tag wuchs seine Macht, sein Name wurde von allen gefürchtet und das Glück

[1]) Von befreundeter Seite mitgeteilt. D. R.